



## PROJEKTBERICHT

### Urbane Entwicklungen

von Uta Grunert, März 2017

## INHALTSVERZEICHNIS

<b>1. Aktuelle Entwicklungen aus Brasilien</b>	<b>2</b>
<ul style="list-style-type: none"><li>- Die Verteidigung bestehender Rechte erfordert die Unterstützung internationaler Kooperationspartner*innen</li><li>- Sieg der Bewegung der wohnsitzlosen Arbeiter*innen MTST in São Paulo: Rücknahme des sozialen Wohnungsbauprogramms abgemildert</li><li>- Repressionen in der Presse- und Meinungsfreiheit: Polizeiübergriffe gegen alternatives Zentrum in São Paulo Folha de São Paulo entlässt Kolumnenschreiber Guilherme Boulos vom MTST</li><li>- Landesweite Proteste von Hunderttausenden gegen geplante Rentenreform und Flexibilisierung des Arbeitsrechts durch Temer</li></ul>	
<b>2. Schwerpunktthema: Wegsperrten ist keine Lösung - Gewalteskalation und Überfüllung in brasilianischen Gefängnissen</b>	<b>7</b>
<b>3. Aktivitäten im deutschsprachigen Raum und Internationales</b>	<b>10</b>
<ul style="list-style-type: none"><li>- KoBra Frühjahrstagung 21./22.04.2017 in Berlin: Trotz alledem – 25 Jahre KoBra</li><li>- Neue Urbane Agenda für nachhaltige Entwicklung in deutscher Sprache</li><li>- Spendenwerbung postkolonial hinterfragt</li><li>- Neuer Dokumentarfilm zu Belo Monte und dem Widerstand gegen ähnliche Großprojekte in Amazonien</li><li>- Erstes internationales Treffen für Demokratie und gegen den Staatsstreich in Brasilien</li><li>- Europa-Rundreise des Guarani Kaziken Ladio Verón</li></ul>	

## Aktuelle Entwicklungen aus Brasilien

### Die Verteidigung bestehender Rechte erfordert die Unterstützung internationaler Kooperationspartner\*innen

Autor\*innen vom Dachverbands zivilgesellschaftlicher Organisationen ABONG, Etapas (*Equipe Técnica de Assessoria e Pesquisa e Ação Social*), Action Aid oder ASA sowie Silvio Caccia Bava, dem Direktor der brasilianischen *Le Monde diplomatique* beschreiben in einer Sonderausgabe der *Le monde diplomatique* unter dem Titel *Em Defesa dos direitos - A importância da Cooperação Internacional*, wie wichtig für die brasilianischen sozialen Bewegungen die internationale Unterstützung in der aktuellen politischen Lage nach dem institutionellen Putsch ist. Die Texte fassen z.B. Überlegungen von kirchennahen Nichtregierungsorganisationen wie *Cais (Centro de Assessoria e apoio a Iniciativas Sociais*, *Cese (Coordenadoria Ecumênica de Serviço*, *ELO (Ligação e Organização)*, *PAD (Processo de Articulação e Diálogo)* und *DVS (Escritório de Diálogo e Ligação de Misereor no Brasil)* zusammen, die zwischen Akteur\*innen der Zivilgesellschaft und der internationalen Entwicklungszusammenarbeit Verbindungen und Austausch herstellen. Einigkeit bestand darüber, dass der Putsch eine Phase beendet, in der Demokratie und gesellschaftliche Inklusion gestärkt wurden. Er stehe in Zusammenhang mit Entwicklungen in anderen lateinamerikanischen Ländern, durch die zivilgesellschaftliches Handeln immer mehr in die Defensive gedrängt wird. In der 14 Jahre währenden Regierungszeit der linken Arbeiterpartei Brasiliens wurden Fortschritte im sozialen gesellschaftlichen Ausgleich gemacht. Dass Brasilien zudem zwischenzeitlich durch günstige ökonomische Bilanzen die Zuschreibung eines Schwellenlandes hinter sich zu lassen schien, tat ein Übriges dazu. Bei internationalen Partnerorganisationen der Entwicklungszusammenarbeit führte dies dazu, dass sie ihre Unterstützung abbauten, weil man in Brasilien soziale Inklusion und Armutsabbau auf einem guten Weg sah. Seit der Überwindung der Militärdiktatur hatte die internationale Kooperation eine elementare und gestaltende Rolle in der jungen Demokratie Brasiliens gespielt, aus der sie sich in den vergangenen Jahren immer mehr zurückzog.

Nach dem Putsch ist die Situation jedoch eine Neue. Die Errungenschaften der zurückliegenden Jahre stehen auf dem Spiel und die sozialen Bewegungen kämpfen – mit eingeschränkten Mitteln - um den Erhalt ihres politischen Erbes. In dieser Situation wenden sie sich geschlossen an ihre internationalen Freund\*innen und Unterstützer\*innen. Da für viele die staatliche Unterstützung weggebrochen ist, sehen sie sich existenziellen Krisen gegenüber - und dies in einer Situation, in der ihre Arbeit wichtiger denn je wird. Als extrem fragil erweisen sich die Fortschritte der letzten Jahre, ärmere Teile der Bevölkerung befürchten ein neues Abrutschen in die Armut. Als Beispiele seien hier der Mindestlohn oder mangelnde Investitionen ins Gesundheits- und Bildungswesen angeführt. Oder mit der *Convivencia com o semiárido* die angepasste Lebens- und Wirtschaftsweise im Nordosten des Landes. In einer semiariden Gegend, die früher als lebensfeindlich galt, konnte über Zisternenbau, solidarische Wirtschaftsformen und angepasste Landwirtschaft 4 Millionen Menschen Zugang zu Wasser und eine Perspektive gegeben werden. Darüber berichtet der Beitrag der Koordinatorin von ASA (*Articulação Semiárido Brasileiro*). Diese Erfolgsgeschichte, die auch Organisationen wie IRPAA erlebt haben, droht unter der neuen Regierung beendet zu werden.

Ein weiteres Beispiel stellt die Arbeit für einkommensschwache Familien in Recife und der Metropolregion dar, die *Etapas* seit 30 Jahren auf ihrer Agenda stehen hat. Neben Aspekten wie Kinder- und Jugendrechten bearbeitet die NGO auch das Recht auf Stadt. So hat sie beispielsweise

über das soziale und juristisch verbindliche Stadtplanungsinstrument PREZEIS (*Plano da Regularização das Zonas Especiais des Interesse Social*) erreicht, dass auch Einkommensschwache in Stadtplanungsprozessen berücksichtigt werden müssen. In der städtischen Peripherie von Recife (*Ibura e Jordão*) konnten über diesen gesetzlichen Rahmen städtische Infrastruktur, Abwassersysteme, die Befestigung von Straßen sowie Zugang zu öffentlichem Nahverkehr und bezahlbarem Wohnraum erreicht werden. In der Folge gab es Kampagnen wie „Sichere Städte für Frauen“ oder die Sensibilisierung für sexuellen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen während sportlicher Großevents wie der Fußball WM 2014. Die Stärkung von Kindern und Jugendlichen gegen Drogen oder Missbrauch wird in Kooperation mit Frauenorganisationen vorangetrieben und mündete ebenfalls in einen gemeinsam ausgearbeiteten kommunalen Plan, der politische Ziele und Vorgaben enthält.

Die abschließenden Beiträge widmen sich dem *Rollback* in Bezug auf die Errungenschaften der Verfassung von 1988: Soziale Rechte würden im heutigen Brasilien von einer großen gesellschaftlichen Gruppe als anmaßend beurteilt, als Privilegien von Minderheiten, die sich gegen die Interessen der Mehrheit richteten.

Die Wahlkampffinanzierung 2014 wurde weitestgehend von Unternehmen aufgebracht, deren Großkapital darüber Einfluss auf die Zusammensetzung des Kongresses nehmen konnte. Gut zehn große Unternehmensgruppen konnten darüber den Einzug von 70% aller Parlamentarier bestimmen. Die Mehrheit von ihnen folgt einem neoliberalen Kurs und ordnet soziale Belange der Stärkung der Wirtschaft unter. In ihrem Interesse sind der Abbau von Beschäftigungsrechten und die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Die Verweigerung eines Dialogs oder Verhandlungen mit den sozialen Bewegungen erfordere eine neue demokratische Radikalisierung. Die Bürger\*innen seien gefragt, ihre Anliegen und Bedürfnisse überall in Brasilien auf die Straße zu tragen. Bedürfnisse wie Solidarität, Verbundenheit, Respekt, Würde, Autonomie und Freiheit seien die Impulse, die Menschen gemeinsam in Bewegung brächten. Deswegen seien der Austausch und die Auseinandersetzung mit politischen Themen wichtig, aber auch die Annäherung an neue Akteure der solidarischen Bewegung. Dies seien beispielsweise die Sekundarschüler\*innen, die im Vorjahr mit Schulbesetzungen auf die mangelhaften Zustände im Bildungswesen aufmerksam gemacht haben.

Die Hinweise des Dokuments werden in Deutschland wahrgenommen und diskutiert. Bei der Planung der Fachkonferenz Runder Tisch Brasilien und auf der KoBra-Frühjahrstagung wird die Situation der abnehmenden Spielräume für Zivilgesellschaft thematisiert (siehe Aktivitäten im deutschsprachigen Raum)

### **Sieg der Bewegung der wohnsitzlosen Arbeiter\*innen MTST in São Paulo: Rücknahme des sozialen Wohnungsbauprogramms abgemildert**

Das 22-tägige Protestcamp an der Avenida Paulista vor dem Büro des Bundespräsidiums in São Paulo hat sich gelohnt. Die wohnsitzlosen Arbeiter\*innen des MTST (*Movimento dos Trabalhadores Sem Teto*) haben in der ersten Märzhälfte 2017 einen wichtigen Sieg errungen. In einer Sitzung mit dem Stadtplanungsminister konnte die Rücknahme der vertraglichen Vereinbarungen des sozialen Wohnungsbauprogramms *Minha Casa, minha vida*, die nach Amtsübernahme der neuen Regierung

Temer beschlossen worden waren, abgewendet werden.<sup>1</sup> Ausgehandelt wurde, dass noch in diesem Monat eine neue Resolution über die Bauprojekte verabschiedet und die Rücknahme des Programms für nichtig erklärt wird. Den Aktivist\*innen wurde versichert, dass Projekte des MTST und anderer Bewegungen, die sich bereits im laufenden Verfahren befinden, berücksichtigt werden sollen.

70% der 1.500 Personen, die sich dem Protestcamp angeschlossen hatten, waren Frauen. Da sie häufig allein für ihre Kinder verantwortlich sind, ist die Suche nach bezahlbarem Wohnraum für sie ein existentielles Thema. Unter der Regierung Temer sind Sozialprogramme auch im Bildungs- und Gesundheitsbereich bereits drastisch eingeschränkt worden.

## **Repressionen in der Presse- und Meinungsfreiheit**

### **Polizeiübergriffe gegen alternatives Zentrum in São Paulo**

In der zweiten Januarwoche wurde die *Casa Fora do Eixo Amapá* in São Paulo von der Militärpolizei gestürmt und verwüstet<sup>2</sup>. Sie beherbergt politische und kulturelle Gruppen mit alternativen Aktionsformen, unter anderem das Projekt *Mídia Ninja*.

Mit dem Argument der „öffentlichen Ruhestörung“ drangen bewaffnete Polizisten direkt in das Kulturprojekt „Sonntags zuhause“ ein, das in São Paulo weitläufig bekannt ist. Es kam zu zwei Festnahmen und Überstellung in das ehemalige Foltergefängnis von São Paulo *Ciosp*. Die Betroffenen machen den spürbaren politischen Rechtsruck unter Präsident Temer dafür verantwortlich, dass Übergriffe der Polizei gegen politisch Andersdenkende mittlerweile zum Alltag geworden sind.

Die Aktivist\*innen versicherten jedoch, sich nicht einschüchtern zu lassen. Sie setzen ihre Aktivitäten fort, zu denen beispielsweise die Organisation eines Rockkonzerts oder die Produktion von Filmmaterial über indigene Kultur gehört. Sie betonen ihre friedlichen Absichten und fordern gleichzeitig die Entmilitarisierung der brasilianischen Polizei, eine der offenen Aufgaben des Staates nach dem Ende der Militärdiktatur.

Hintergrund: Wer steckt eigentlich hinter *Mídia Ninja*?

*Fabian Kern, in: Brasilicum 241: Nós somos um caleidoscópio, 2016, S. 23f.*

### **Folha de São Paulo entlässt Kolumnenschreiber Guilherme Boulos vom MTST**

Es handle sich um eine routinemäßige Rotation ihrer freien Mitarbeiter. Damit hat die *Folha de São Paulo*, eine der größten und bislang kritischen Tageszeitungen Brasiliens gegenüber dem linken Vorsitzenden der Bewegung für wohnsitzlose Arbeiter\*innen MTST eine über zweijährige Zusammenarbeit aufgekündigt<sup>3</sup>. Boulos hatte regelmäßig Kolumnen für die Zeitung verfasst, in denen

---

<sup>1</sup> <http://www.mtst.org/brasil/nota-do-mtst-vitoria-contratacoes-do-minha-casa-minha-vida-serao-retomadas/>

<sup>2</sup> <http://www.redebrasilatual.com.br/cidadania/2017/01/sede-da-casa-fora-do-eixo-e-midia-ninja-do-amapa-e-brutalmente-atacada-pela-pm>

<sup>3</sup> <http://www.redebrasilatual.com.br/cidadania/2017/03/boulos-e-dispensado-de-jornal-renovacao-ou-conservadorismo>

er nicht nur ein linkes kämpferisches Publikum, sondern auch Intellektuelle der Mittelschicht zum Nachdenken über soziale Gerechtigkeit und Stadtpolitik gebracht hat. Am 9. März erschien nun der letzte Text aus seiner Feder in dieser Zeitung.

Boulos führt in seiner Analyse einerseits die immer konservativere Leserschaft der FdSP an. Anfeindungen kamen außerdem von betroffenen Geschäftsleuten und niedergelassenen Unternehmen der Avenida Paulista, die heftig und aggressiv auf die Kämpfe der Straße reagiert haben (siehe Beitrag „Sieg der Bewegung der wohnsitzlosen Arbeiter\*innen MTST in São Paulo: Rücknahme des sozialen Wohnungsbauprogramms abgemildert“ des Dossiers). Sie warfen der Bewegung und dem 22-tägigen Protestcamp vor, ihren Kampf mit unqualifizierten Methoden zu führen.

Gesellschaftliche Meinungsbildung über die Medien lebt von kontroversen Meinungen. Kolumnenschreiber wie Gregório Duvivier, Vladimir Safatle, Laura Carvalho, André Singer, Juca Kfourri und Guilherme Boulos gehören mit ihren Forderungen und Ansichten in eine offene Presse. Werden sie zensiert und ausgeladen, wirft das ein trübes Licht auf den Umgang mit Meinungsvielfalt und dem gesellschaftlichen Dialog in Brasilien.

Boulos fällt als kritischer Linker auf<sup>4</sup>, der sowohl der Arbeiterpartei eine Analyse ihrer Fehler in der zurückliegenden Regierungszeit abverlangt, als auch die drastischen Vorhaben des Interimspräsidenten Temer klar benennt. Das Wirtschaftsprogramm Temers fasst er mit drei Punkten zusammen, die hart erkämpfte soziale Errungenschaften gefährden: 1. Die Verfassungsänderung (unter dem Kürzel PEC 241/später 55) zur Deckelung von Staatsausgaben auf zwanzig Jahre. Sie wurde zum Jahresende 2016 beschlossen. 2. Eine Reform der Renten- bzw. Sozialversicherung und 3. eine Lockerung des Arbeitsrechts. Die Politik des Ausgleichs, die unter Lula angelegt wurde und auf einen gesellschaftlichen Konsens aufbaute, ging unter Dilma mit den Protesten 2013 zu Ende. Die gefühlte Win-Win-Situation der Bevölkerung war vorbei. Heute braucht es laut Boulos ein neues politisches Lager der Linken, das eine antihegemoniale Lösung anzubieten hat. Nach seiner Auffassung muss es jenseits vom gesellschaftlichen Konsens agieren und ohne Angst vor Konfrontation radikaler agieren als in der Vergangenheit. Sicherlich machen ihn solche Aussagen zu einem gefürchteten Gegner der regierenden Parteien, zumal er als intellektueller Kopf der Obdachlosenbewegung MTST auch international wahrgenommen wird.

Hintergrund:

Dokumentation des Runden Tisch Brasilien: Forum 4

Recht auf Stadt: Proteste und Kämpfe am Beispiel São Paulos<sup>5</sup>

### **Landesweite Proteste von Hunderttausenden gegen geplante Rentenreform und Flexibilisierung des Arbeitsrechts durch Temer**

Am 15. März gingen in Brasilien landesweit hunderttausende Menschen in mindestens 22 Großstädten auf die Straße, um gegen geplante Änderungen im Sozialsicherungssystem zu

---

<sup>4</sup> <https://monde-diplomatique.de/artikel/!5370171>

<sup>5</sup> <https://www.kooperation-brasilien.org/l/00133>

protestieren. Streiks von Metro- und Busfahrer\*innen sowie Lehrer\*innen begleiteten die Demonstrationen, in Brasilia wurde das Finanzministerium durch Aktivist\*innen des MST stundenlang besetzt. In São Paulo schätzte der Gewerkschaftsdachverband CUT die Zahl der Protestierenden auf 150.000 Menschen. Das soll erst der Anfang sein, so die Gewerkschafter\*innen. Das Renteneintrittsalter soll auf 65 Jahre hochgesetzt werden, unabhängig ob es sich um Arbeit in der Stadt oder auf dem Land handelt. Besonders Arbeiter\*innen und Frauen sehen sich benachteiligt. Bislang galten 55 Jahre für Frauen und 60 Jahre für Männer als Renteneintrittsalter. Die minimale Beitragszeit soll von 15 auf 25 Jahre erhöht werden. Ein volles Rentengehalt erhält nur, wer 49 Jahre Beiträge gezahlt hat. Dies erscheint körperlich schwer arbeitenden Menschen unerreichbar, sie sehen sich um ihre Ansprüche betrogen. Die „Reform des Sarges“<sup>6</sup> verlange, dass man bis zum Tode arbeiten solle. Die Drosselung von Sozialausgaben wird wegen ihrer Auswirkungen auf den Binnenmarkt von politischen Beobachter\*innen als Fehler eingestuft. Die 205.000 Brasilianer\*innen seien mit ihrer Kaufkraft für den Binnenmarkt nicht zu unterschätzen. Die Cartacapital<sup>7</sup> bietet eine ausführliche Analyse und Bewertung der geplanten Rentenreform.

Eine Flexibilisierung des Arbeitsmarkts soll der schwachen Wirtschaft auf die Beine helfen. Derzeit hat Brasilien eine Arbeitslosigkeit von 12%. Laut den Plänen der Interimsregierung soll die 40 Stunden-Woche auf 44 Stunden ausgeweitet werden<sup>8</sup>. Absprachen zwischen Arbeitgeber\*innen und Arbeitnehmer\*innen sollen über geltende Gesetze des Arbeitsrechts gestellt werden. Die Einführung von Subunternehmen in allen Wirtschaftssektoren soll Personalkosten senken und zu mehr Beschäftigung führen. Ähnlich wie in Japan soll die Tagesarbeitszeit-Obergrenze von 10 Stunden flexibler gehandhabt werden dürfen<sup>9</sup>. Dass Gewerkschaften in diesem Zusammenhang Alarm schlagen, wundert nicht. Auch hier wird der Sparzwang der arbeitenden Bevölkerung aufgebürdet, deren Rechte hier geschwächt werden. Die rechte De facto-Regierung unter Temer beeilt sich mit der Umsetzung ihrer einschneidenden Politik, die der Linken eine Wunde nach der anderen zufügt und deren Politik des sozialen Ausgleichs der zurückliegenden 14 Jahre zu Nichte macht.

---

<sup>6</sup> <https://amerika21.de/2017/03/172110/rentenreform-brasilien>

<sup>7</sup> <https://www.cartacapital.com.br/revista/944/na-reforma-da-previdencia-politicos-e-cidadaos-nao-falam-a-mesma-lingua>

<sup>8</sup> <https://www.cartacapital.com.br/economia/como-a-reforma-trabalhista-pode-aumentar-a-sua-carga-horaria>

<sup>9</sup> <http://reporterbrasil.org.br/2017/01/como-a-reforma-trabalhista-pode-aumentar-a-sua-carga-horaria/>

## Schwerpunktthema: Wegsperrern ist keine Lösung - Gewalteskalation und Überfüllung in brasilianischen Gefängnissen

Am 5. Mai 2017 wird die Menschenrechtslage in Brasilien vor dem UN-Hochkommissariat für Menschenrechte OHCHR in Genf verhandelt. Das sogenannte UPR-Verfahren (*Universal Periodic Review*) findet in regelmäßigen Abständen statt und berücksichtigt die allgemeine Erklärung der Menschenrechte, die UN-Charta sowie sämtliche von Brasilien ratifizierte UN-Menschenrechtsabkommen<sup>10</sup>. Der offizielle staatliche Bericht liegt bereits vor und wird von Menschenrechtsorganisationen und anderen Nicht-Regierungs-Organisationen als schwach eingestuft. Sie werden daher eigene Einschätzungen der Menschenrechtslage in Brasilien und entsprechende Empfehlungen in Genf einreichen. Eine erste Phase des UPR-Verfahrens wurde in zurückliegenden Jahren bereits abgeschlossen. Die aktuelle zweite Phase soll nun überprüfen, ob und inwieweit Verbesserungen der Situation bis heute umgesetzt werden konnten.

In Bezug auf Brasilien geht es u.a. um Rechte von indigenen Minderheiten, die Arbeit von Menschenrechtsverteidiger\*innen, Tötungen und Gewalt (z.B. Polizeigewalt in UPPs und Favelas). So belegt eine neue Statistik des *Instituto de Segurança Pública*, dass in Rio die Zahl der durch die Polizei Getöteten in 5 Jahren um 120 Prozent gestiegen ist<sup>11</sup>.

Auch um die Situation von Gefangenen wurde vor dem Menschenrechtsrat durch NGOs thematisiert. Brasilianische NGOs waren vom Menschenrechtsrat in Genf eingeladen, um über die eskalierende Gewalt im brasilianischen Strafvollzug zu berichten.

Vertreter\*innen von *Conectas*, *Terra de direitos* und der Gefängnispastorale *Pastoral carcerária* legten den aktuellen Bericht "Folter in Zeiten von Masseninhaftierung"<sup>12</sup> der brasilianischen Gefängnispastorale vor. Aus ihm gehen 105 Anzeigen wegen Folter im Gefängnis hervor. 66% davon beziehen sich auf physische Gewalt. Nach dem Bericht sind landesweit knapp 6%<sup>13</sup> der Inhaftierten Frauen. 46% der untersuchten Folteranzeigen kamen aus ihren Reihen. Gesellschaftliche Diskriminierung auf Grund von Rasse, sexueller Orientierung oder Geschlecht potenzieren sich im Strafvollzug auf gefährliche Weise. In keinem der 105 angezeigten Fälle wurden die Täter zur Verantwortung gezogen. Rechtsstaatliche Grundsätze dürfen jedoch nicht an der Gefängnismauer enden. Der brasilianische Staat hat hier eine Verpflichtung, der er unzureichend gerecht wird. Dahinter steht eine Politik, die im physischen Ausgrenzen und Wegsperrern von Menschen eine Lösung sieht, ohne die Spirale der Kriminalisierung innerhalb des Systems wahrzunehmen. Zu der

---

<sup>10</sup> <http://www.aktiv-gegen-diskriminierung.de/internationale-rechtsdurchsetzung/vereinte-nationen/upr-berichtsverfahren/>

<sup>11</sup> <https://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/menschenrechte-gesellschaft/rio-zahl-der-durch-die-polizei-getoeteten-steigt-in-5-jahren-um-120-prozent>

<sup>12</sup> [http://carceraria.org.br/wp-content/uploads/2016/10/tortura\\_web.pdf](http://carceraria.org.br/wp-content/uploads/2016/10/tortura_web.pdf)

<sup>13</sup> DEPEN (2014). Levantamento de informacoes penitenciarias – INFOPEN – Dezembro

de 2014. Brasília: Ministerio da Justica, disponivel em : [http://www.justica.gov.br/seus-direitos/politica-penal/infopen\\_dez14.pdf](http://www.justica.gov.br/seus-direitos/politica-penal/infopen_dez14.pdf)

übrigens auch der Aufenthalt in Gefängnissen beiträgt. Die Ursachen für ein Abrutschen in die Kriminalität liegen oft im Zusammenhang mit Armut und fehlenden Perspektiven. Aber auch in einer Gesellschaft, in der Teilhabe und Chancen vielfach an Herkunft und Hautfarbe gekoppelt sind. Übergänge zwischen den „Schichten“ sind eher die Ausnahme. Je ungleicher eine Gesellschaft ist, desto größer ist ihre Anfälligkeit für Kriminalität. Sparmaßnahmen wie die PEC55 der aktuellen Regierung beschließen nicht nur die Deckelung der Staatsausgaben für die kommenden 20 Jahre. Sie nehmen auch die Hoffnung auf soziale Ausgleichsmaßnahmen und mehr Gerechtigkeit. Justiz und Exekutive reagieren parallel mit der Verschärfung im Bereich Öffentliche Sicherheit. Wegsperrungen was geht! scheint die Devise zu sein. Eine gefährliche und kurzsichtige Haltung, die bislang nicht zu einem Rückgang von Unsicherheit und Straftaten geführt hat.

Im Dezember 2016 und Anfang Januar 2017 erreichten Schlagzeilen über blutige Aufstände, Massenausbrüche und grausame Tötungen in Gefängnissen verschiedener brasilianischer Städte und Bundesstaaten die europäischen Medien.

Im Compaj (*Complexo Penitenciário Anísio Jobim*) von Manaus waren Kämpfe zwischen rivalisierenden Häftlingsgruppen eskaliert, 60 Tote waren die Folge. Gefängniswärter waren mit eingeschmuggelten Waffen als Geiseln festgehalten worden. Der Kampf zwischen verfeindeten Banden um die Vorherrschaft im Drogenhandel war eskaliert. Längst diktiert das *Primeiro Comando da Capital* aus São Paulo und das *Sindicato do Norte* die Abläufe im Strafvollzug. Desaströsen Zustände und eine unzumutbaren Überbelegung tun das Ihre dazu. Sie bringen den Strafvollzug und das System an seine Grenzen.

Was sind die Ursachen dafür? 2014 war das Gefängnis in Manaus privatisiert<sup>14</sup> worden. Private Betreiber werben damit, preiswert und effektiv zu sein – ein Trend, der sich aus den USA in Länder wie Brasilien, Chile, Peru oder Mexiko ausgebreitet hat. Entsprechend bearbeitet die Lobby die Politiker\*innen, wenn es um die Themen Privatisierung von Gefängnissen, Waffenbesitz und die Absenkung des Strafmündigkeitsalters geht. Ob man zukünftig schon ab 16 Jahren für Straftaten ins Gefängnis wandert, muss als nächstes der Senat entscheiden. Das Abgeordnetenhaus hat dieser Gesetzesänderung schon zugestimmt. (Dazu gibt es einen Podcast bei KoBra)<sup>15</sup>

Die Differenzierung nach staatlichen und privaten Haftanstalten ist eine Kostenfrage. Die *Le Monde diplomatique*<sup>16</sup> beziffert die Kosten eines Haftplatzes im staatlichen brasilianischen Gefängnis auf 2.200, im privaten auf 3.500 Reais (650 bzw. gut 1.000 Euro). Die höheren Kosten sollten an bessere Bedingungen und eine niedrigere Belegungszahl gekoppelt sein. Soweit der Plan, der nicht aufging.

Im Gefängnis von Manaus mit seinen 454 Plätzen wurden Ende Dezember 2016 1.224 Gefangene gezählt. Verfeindete Gruppen konnten im Zuge der steigenden Überbelegung nicht mehr voneinander getrennt werden. Unzureichend geschulte Aufseher arbeiteten für Minimallöhne in einem kriminellen Minenfeld. Die Bezahlung der privaten Betreiberunternehmen richtet sich nach

---

<sup>14</sup> <http://ponte.cartacapital.com.br/por-que-a-privatizacao-so-piora-a-crise-nos-presidios-brasileiros/>

<sup>15</sup> Hintergrund: [+1C@fé] Früher einsperren ist auch keine Lösung (Podcast)  
<http://fabzgy.org/wordpress/2015/06/22/pt-encarcerar-mais-cedo-nao-e-solucao-nenhuma/>  
<http://fabzgy.org/wordpress/2015/06/22/de-fruher-einsperren-ist-auch-keine-losung/>

<sup>16</sup> <https://monde-diplomatique.de/artikel/!5378902>



der Anzahl der Inhaftierten. Für sie zahlt sich die Überbelegung aus. Beobachter\*innen hatten in Manaus bereits Ende 2015 gravierende Mängel festgestellt, ohne mit ihren Warnungen durchdringen zu können. Das gängige System der vermeintlichen Öffentlichen Sicherheit durch Wegsperrungen ist nach dem großen Massaker von Carandiru 1992 erneut kollabiert, nachdem es sich seither immer weiter verschlechtert hatte.

Auf Manaus folgte Boa Vista in Roraima mit 33 Toten und Natal mit 10 Toten. Der Staat scheint die Kontrolle verloren zu haben, in vielen Haftanstalten haben längst die Drogenkartelle das Sagen übernommen. Seit 1990 ist die Zahl der Häftlinge um das Sechsfache gestiegen. Für eine viertel Million inhaftierte Brasilianer\*innen gibt es laut Justizminister Alexandre de Moraes derzeit keinen Platz. Die Antwort des Innenministers in seinem Nationalen Plan für Öffentliche Sicherheit lautet: Die Armee soll in den Gefängnissen die Ordnung wieder herstellen. Außerdem will er mehr Gefängnisse bauen lassen, obwohl das Land mit einer Rezession kämpft und der derzeitige Sparkurs derartige Investitionen nicht zulässt. Die Anzahl der Gefangenen soll reduziert werden. Von einer Änderung der Antidrogenpolitik ist keine Rede. Sie wird für den unaufhaltsamen Anstieg von Häftlingen verantwortlich gemacht. Verschärfungen haben zuletzt selbst Bagatellen wie Minimalmengen an Marihuana für den Eigenbedarf mit Freiheitsstrafen belegt. Drogenhandel wird derzeit mit mindestens 5 Jahren geahndet. Dies führte zu einem sprunghaften Anstieg an Verhaftungen. Frauen werden laut Statistik zu 63% wegen Drogenbesitzes eingesperrt. Ihre Zahl ist zwischen 2000 und 2014 in den Gefängnissen um das Sechsfache gestiegen.

Unter Präsident Lula war 2006 die Gesetzesgrundlage für Drogenhandel reformiert worden. Der Ermessensspielraum des urteilenden Richters sollte die Zahl der Gefangenen reduzieren. Weit gefehlt! Die Mehrzahl der Richter entscheidet nach konservativen Wertvorstellungen und agiert nicht frei von gesellschaftlichen Vorurteilen. Nach Angaben der NGO *Conectas* profitieren Weiße eher von der gesetzlich garantierten Strafflosigkeit. Als der Mittelschicht Zugeordnete werden sie von den Richtern eher als Konsumenten behandelt. Schwarze Konsumenten oder Kleindealer gelten hingegen von Vorneherein als Dealer und erhalten ein höheres Strafmaß.

Laut Justizministerium<sup>17</sup> gab es Ende 2014 622.000 Häftlinge, wobei die Kapazität der vorhandenen Gefängnisse nur für 372.000 Personen ausgelegt ist. 50% der Festgehaltenen befinden sich in Untersuchungshaft und warten auf ein Urteil der Justiz. Häufig dauert diese Phase länger als die Strafe, die sie später verbüßen müssen. Nach den USA, China und Russland ist Brasilien das Land mit den meisten Gefangenen weltweit. 2016 waren 67% der Gefangenen Schwarze oder Mestizen, 55% lagen im Alter zwischen 18 und 29 Jahren. Zum Vergleich ist es wissenswert, dass Schwarze an der Gesamtbevölkerung einen Anteil von 7,6% und Mestizen von 43% haben. Nur 12% wurden wegen Mordes verurteilt, 43,4% wegen Diebstahl und 25,5% wegen Drogenhandel.

Das Thema wird vom Runden Tisch Brasilien 2017 (10.-12.11.2017 in Hofgeismar) aufgegriffen, zu dem u.a. Padre Valdir João Silveiro von der Gefängnispastorale São Paulo<sup>18</sup> als Gast erwartet wird. Es wird außerdem in alternativen Filmfesten gezeigt, beispielsweise beim Cine Marginal Brasil in Zürich oder Bern mit dem Beitrag *Sem Pena*.

---

<sup>17</sup> [http://www.justica.gov.br/seus-direitos/politica-penal/documentos/infopen\\_dez14.pdf](http://www.justica.gov.br/seus-direitos/politica-penal/documentos/infopen_dez14.pdf)

<sup>18</sup> [www.carceraria.org.br](http://www.carceraria.org.br)

## Aktivitäten im deutschsprachigen Raum und Internationales

### KoBra Frühjahrstagung<sup>19</sup> 21./22.04.2017 in Berlin: Trotz alledem – 25 Jahre KoBra

Seit der Machtübernahme der Regierung Temer im letzten Jahr durch ein umstrittenes Amtsenthebungsverfahren ist in Brasilien die Lage für zivilgesellschaftliche Akteure deutlich schwieriger geworden. Die neoliberale Sparpolitik der amtierenden Regierung, die soziale Errungenschaften der letzten Jahrzehnte kassiert, verstößt gegen Menschenrechte und internationale Verpflichtungen, die Brasilien eingegangen ist. Wie gehen die sozialen Bewegungen und Organisationen mit der reaktionären Offensive um? Wie verteidigen sie die hart erkämpften sozialen Fortschritte?

In die Defensive gedrängt sind nicht nur brasilianische Umwelt- und Menschenrechtsaktivist\*innen: Weltweit gehen Regierungen – unabhängig vom Regierungstyp – so massiv gegen zivilgesellschaftliche Akteure vor wie seit 25 Jahren nicht mehr. Wie können wir als politisch Aktive demokratische Räume für zivilgesellschaftliches Engagement stärken? Wie können wir Partner\*innen und andere Organisationen von hier aus unterstützen? Zu diesen Fragen möchten wir auf der Tagung mit unseren Gästen ins Gespräch kommen.

Trotz alledem! In diesem Frühjahr steht ein Ereignis ins Haus, das zu aktuellen Debatten aber auch zum Feiern einlädt – KoBra wird 25. Im Jahr 1992 wurde der Verein in Freiburg gegründet, um Gruppen und Initiativen der Brasiliensolidarität zu vernetzen. Damals wie heute steht die Stärkung der sozialen Bewegungen in ihrem Engagement für eine gerechtere und nachhaltigere Welt im Fokus der Arbeit von KoBra. Auf der Jubiläumsfeier in der ufaFabrik werden wir mit Protagonist\*innen der KoBra-Geschichte auf unsere Arbeit zurückblicken, aber auch auf das vor uns liegende schauen.

Über aktuelle soziale Kämpfe in schwierigen Zeiten ist das **Brasilicum #244**<sup>20</sup> erschienen.

### Neue Urbane Agenda für nachhaltige Entwicklung in deutscher Sprache

Die Neue Urbane Agenda<sup>21</sup>, die bei der **dritten Stadtentwicklungskonferenz Habitat III der Vereinten Nationen (UN)** im Oktober 2016 in Quito in Ecuador beschlossen wurde, ist inzwischen auch von der UN-Generalversammlung gebilligt worden. Mit der UN-Resolution vom 23. Dezember 2016 liegt die Neue Urbane Agenda damit auch in deutscher Sprache vor. Die Neue Urbane Agenda bietet einen Orientierungsrahmen für die nachhaltige Stadtentwicklung der Zukunft. Die Beiträge der subnationalen Ebenen – von Kommunen, aber auch von zivilgesellschaftlichen Akteuren – werden dabei als „genauso bedeutsam“ wie die der Nationalstaaten anerkannt.

---

<sup>19</sup> <https://www.kooperation-brasilien.org/de/veranstaltungen/fruehjahrstagung/mv-2017/trotz-alledem-25-jahre-kobra>

<sup>20</sup> <https://www.kooperation-brasilien.org/de/publikationen/brasilicum/244-trotz-alledem-...-25-jahre-kobra/244-trotz-alledem-...-25-jahre-kobra>

<sup>21</sup> <http://www.un.org/depts/german/gv-71/band1/ar71256.pdf>

## **Spendenwerbung postkolonial hinterfragt**

Im Rahmen des Projektes (De-)koloniale Bilderwelten von **glokal e.V.** und der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland e.V. entstand eine Publikation mit Fortbildungen, Kreativworkshops, roundtables mit den verschiedenen Akteur\*innen und ein künstlerisches Plakatprojekt im öffentlichen Raum Berlins. Die Publikation trägt den Titel **Die Spitze des Eisbergs. Spendenwerbung der internationalen Hilfsorganisationen - Kritik und Alternativen**<sup>22</sup>.

## **Neuer Dokumentarfilm zu Belo Monte und dem Widerstand gegen ähnliche Großprojekte in Amazonien**

Anlässlich des diesjährigen International Day of Action for Rivers am 14. März hat der Filmemacher Todd Southgate seinen neuesten Dokumentarfilm „Belo Monte: After the Flood“ zum freien Download<sup>23</sup> für alle Interessierten auf seiner Webseite bereitgestellt. Betroffene und Aktivist\*innen des Widerstands gegen das Megaprojekt kommen zu Wort. Noch immer kämpfen sie um Entschädigungen und die Erfüllung von Auflagen durch die Betreiberfirma. Auch die Konsequenzen und Veränderungen für die Stadt Altamira werden mit aktuellen Bildern analysiert und mit persönlichen Schicksalen verwoben. Die Aktivist\*innen der Flüsse Xingu und Tapajós haben sich längst verbunden, um eine Wiederholung des Desasters an einem anderen Ort zu verhindern.

## **Erstes internationales Treffen für Demokratie und gegen den Staatsstreich in Brasilien**

Vom 27. bis zum 29. Januar 2017 trafen sich in Amsterdam verschiedene Gruppen und Vereinigungen von in Europa lebenden Brasilianer\*innen, die sich für die Demokratie in Brasilien und gegen die Regierung von Michel Temer stark machen. KoBra war bei dem Treffen dabei. Eine gemeinsame Strategie des Widerstands zu entwickeln, den Protest gegen Temer international auf juristischer Ebene, mit Aktionen und in Medienberichten voranzutreiben, Vernetzung einerseits voranzutreiben, sich gleichzeitig nicht von der Gegenseite kontrollieren und ausbremsen zu lassen. Das waren neben der Situationsanalyse die Ziele des Treffens. Ende März wird das Abschlussdokument, die *Carta de Amsterdã* zur Veröffentlichung erwartet.

Cecilia de Carvalho Rodrigues, die sich in der Gruppe *Brasileirxs em Frankfurt contra o retrocesso* (Brasilianer\*innen in Frankfurt gegen den Rückschritt) engagiert, war bei dem Treffen ebenfalls dabei und berichtet von ihren Eindrücken der Veranstaltung, den inhaltlichen Themen und darüber, wie wichtig es ist, sich als politische Gruppe mit anderen Gruppen und Kollektiven, die sich mit ähnlichen Themen auseinandersetzen, zu vernetzen, auszutauschen und zu begegnen. KoBra hat einen +1C@fé-Podcast<sup>24</sup> zum Thema aufgenommen.

---

<sup>22</sup> [http://www.glokal.org/wp-content/uploads/2017/02/Die-Spitze-des-Eisbergs\\_e-pub\\_final.pdf](http://www.glokal.org/wp-content/uploads/2017/02/Die-Spitze-des-Eisbergs_e-pub_final.pdf)

<sup>23</sup> <https://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/menschenrechte-gesellschaft/film-belo-monte-after-the-flood>

<sup>24</sup> <https://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/politik-wirtschaft/1.-internationale-treffen-fuer-die-demokratie-und-gegen-den-staatsstreich-in-brasilien>

## **Europa-Rundreise des Guarani Kaziken Ladio Verón<sup>25</sup>**

Sein Anliegen ist es, von der aktuellen Lage und den Auswirkungen des internationalen Agrargeschäfts zu berichten und ein Netzwerk an Unterstützer\*innen zu aktivieren.

Zwischen dem 29. April und dem 15. Mai 2017 wird es Veranstaltungen in Berlin, Leipzig, Freiburg, Basel, Zürich, München, Mainz, Frankfurt und Innsbruck geben.

Detaillierte Information auf der KoBra-Website, sobald die Ankündigungen vorliegen.

---

<sup>25</sup> <https://www.facebook.com/viagemladioveron/>